



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XV/268 - Hannover, 24. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Platz den unverbrauchten Kräften!</u> Zu den Entscheidungen des SPD-Parteitag	68
3	<u>Bezeichnender Händedruck</u> Die Wahl des neuen Parteivorstandes der SPD	37
4	<u>Gast aus Israel in Hannover</u> Itzhak Feniger - Kronzeuge einer heroischen Vergangenheit	48
5	<u>Ein Ehrengast auf dem SPD-Parteitag</u> Franz Adamo warb in einem Jahr 120 neue Mitglieder	30
6 - 7	<u>Mitwisser im Falle Heyde-Sawade</u> Ein Zeitbild aus Schleswig-Holstein	82

* * * *
* * *

Zur Beachtung:

Mit der SPD in eine bessere Zukunft

Unter diesem Titel veröffentlichen wir ab Freitag dieser Woche in zwangloser Reihenfolge Artikel der Mitglieder der sozialdemokratischen Mannschaft, in denen sie sich, jeweils von ihrer besonderen Sicht her, zu Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik äußern. Wir beginnen mit einem Artikel des Kanzlerkandidaten Willy Brandt.

Platz den unverbrauchten Kräften !

Zu den Entscheidungen des SPD-Parteitag

"Bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr wird nicht zwischen 'Nike Ajax' und 'Nike Herkules' entschieden, sondern es wird entschieden zwischen den alten und den unverbrauchten Kräften der deutschen Politik".

sp- Dieser Satz von Willy Brandt, gesprochen in seinem eindrucksvollen Diskussionsbeitrag zur Frage der Aussen-, Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik löste stürmischen Beifall bei den Delegierten und Gästen des SPD-Parteitag aus. Willy Brandt hatte damit den Punkt berührt, der in allen Arbeitsgemeinschaften des Vortages eigentlich zentrales Diskussthema war. Mit diesem Satz wurde ausgesprochen, was Millionen Deutsche dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges fühlen und denken.

Das Weltbild von gestern und vorgestern bestimmt heute noch die Politik in der Bundesrepublik - Schemen restaurativer Gedankengänge - das ist das Alte und Verbrauchte. Die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik, die oft genug überdeckt wird von einer inhaltlosen Phraseologie des Gestern muss mit neuem Leben erfüllt werden.

In der Sicht dieser Aufgabenstellung sind Detailfragen dem grossen Ziel der Überwindung der Stagnation unterzuordnen. Schon jetzt darf gesagt werden, dass der Parteitag der SPD dies klar erkannt hat. Die Entschliessungen zur Aussen- und Sicherheitspolitik, zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, zu aktuellen Fragen der Sicherung unserer inneren staatlichen Ordnung, atmen den Geist des Realismus. Sie sind keine Proklamationen, die in eine ferne Zukunft weisen, sondern die vom Grundsatzprogramm der SPD hergeleiteten Klarstellungen, wie die Sozialdemokratie sich die Gestaltung und gesicherte Zukunft unseres staatlichen Lebens denkt.

Die Entschliessungen müssen als Ganzes gesehen und gewertet werden. Es zeigt sich hier das geschlossene Bild sozialdemokratischer Staatspolitik, bei der nicht Sonderinteressen einzelner Gruppen, sondern das Wohl des ganzen Volkes gesehen wird. Auf diese

Weise ist sich die Sozialdemokratie auch auf dem Parteitag in Hannover selbst treu geblieben. Sie hat, Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes, kräftig auf die zahlreichen Versuche reagiert, von aussen her einen Keil in ihre Reihen hineinzutreiben, oder Einzelprobleme als die Reservate ihrer besonderen Aufmerksamkeit zu betrachten.

Es ist wichtig zu wissen, dass sich der Parteitag mit überwältigender Mehrheit erneut für die Forderung nach der Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirksamen deutschen Aussenpolitik ausgesprochen hat. Der von Herbert Wehner am 30. Juni dieses Jahres im Bundestag an die Regierung und an die CDU/CSU gerichtete Appell bleibt Bestandteil sozialdemokratischer Staatspolitik.

Aber unser Volk und das Ausland sollen wissen: Wer diesen Appell nicht hören will, wer Hindernis auf dem Wege zur Sammlung aller demokratischen Kräfte unseres Vaterlandes ist, der sabotiert die dem deutschen Volk vor der Geschichte gestellte Aufgabe unserer demokratischen Ordnung und der Standortbestimmung eines demokratischen Deutschland in der Gemeinschaft der Völker.

Für die Beurteilung der vom Parteitag gebilligten Sicherheitspolitik ist folgendes entscheidend: Wenn von Sicherheit gesprochen wird, sollte man nicht immer nur in militärischen Kategorien denken. Die Gewährleistung der Sicherheit unseres Volkes durch militärische Mittel ist nur ein Teil dessen, was eine Regierung nach menschlichem Ermessen zu leisten hat. Ebenso wichtig ist auch das stete politische Bemühen um eine Entspannung und die Verpflichtung, nichts zu tun, was die Spannungen zwischen den Völkern erhöhen könnte.

An diesen Entscheidungen, die vom Parteitag in Hannover nach freimütiger Aussprache mit überzeugenden Mehrheiten gefällt wurden, werden alle Spekulationen über Spannungen, Meinungsverschiedenheiten und vielleicht sogar persönliche Vorbehalte, abprallen. Eine Partei, die mit nichts hinter dem Berge hält, die - wie Willy Brandt sagte - heisse Eisen anfasst, ob es einen Spass macht oder nicht, braucht sich nicht mit Hilfe "einsamer Beschlüsse" vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Sie fordert das Morgen heraus und ist stolz darauf.

* * *

Bezeichnender Händedruck

sp - Die Kameras der Fotoreporter und des Fernsehens haben den Moment festgehalten, als Willy Brandt, der sozialdemokratische Kanzlerkandidat für die Bundestagswahlen als erster nach Verkündung des Wahlergebnisses für den neuen Parteivorstand der SPD auf Erich Ollenbauer zugeht und ihm kräftig und lange die Hände schüttelte. Dieser Händedruck hat vieler Spekulationen ein Ende bereitet. Er war mehr als ein Symbol, darin lag die Verbundenheit zweier Männer, die gemeinsam entschlossen sind, die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden schweren Auseinandersetzungen um die Neubesetzung des Bundestages zum Siege zu führen. Zwischen dem Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenbauer, und dem Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, gibt es keine politische Unterschiedlichkeiten. Das Ergebnis der Wahl zum neuen SPD-Vorstand ist wohl der klarste Beweis für den Willen aller, alle Kraft auf eine Aktivierung der deutschen Politik zu konzentrieren. Übelwollende mögen an der unterschiedlichen Stimmabgabe für die vorgeschlagenen und nun gewählten Mitglieder der Führungskörperschaften einen Ausdruck innerer Spannungen sehen; wie schlecht wären sie dabei beraten. Die Sozialdemokratie ist keine monolitische Partei, sie gibt denen, die in ihr wirken, einen weiten Spielraum zur Bewährung ihrer Fähigkeiten und sie verlangt auch nicht, daß alles über einen Leisten geschlagen werde, sofern die Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen besteht.

Eine hundertprozentige Zustimmung bedeutet noch keine hundertprozentige Einmütigkeit, wovon Herr Adenauer und seine Partei wohl ein Lied zu singen wissen. Bei den gewählten Mitgliedern des Parteivorstandes handelt es sich um Persönlichkeiten, die gewogen und für würdig befunden wurden, die Politik der Sozialdemokratie maßgebend mitzubestimmen und mitzugestalten. Der Ausgang dieser Wahl, der ohnehin kaum in Zweifel stand, kündigt von der Kraft der Partei, unvermeidliche Spannungen im Ringen um den besten Weg auf einer höheren Ebene zu überwinden.

Die gemeinsame Plattform politischen Wirkens, die dieser Parteitag in der Niedersachsenhalle in Hannover nach Tagen harter Arbeit geschaffen hat, wird die Deutsche Sozialdemokratie befähigen, unter der Führung eines Erich Ollenbauer und des Kanzlerkandidaten Willy Brandt, ihre ganzen Energien auf die Gewinnung des Wahlkampfes im nächsten Jahr zu richten. Die Sozialdemokratie tritt, darin liegt die Bedeutung dieses Wahlvorganges, geschlossen zu diesem Kampf an.

Gast aus Israel in Hannover

sp- Zum zweiten Male in der Nachkriegsgeschichte der Deutschen Sozialdemokratie war die MAPAI - die Sozialdemokratische Partei Israels - auf einem Parteitag der SPD vertreten. Es ist die Partei Ben Gurions, des langjährigen Ministerpräsidenten. Bei den letzten Wahlen vereinigte sie auf sich 40 Prozent aller Stimmen, obwohl sich um die 120 Sitze des Knesset, dem israelitischen Parlament, 20 Parteien bewarben. Israel, dieses kleine, von feindlichen Nachbarn umgebene Land, ist seit seinem Bestehen stets bedroht. Der Kampf um die tägliche Selbstbehauptung erfordert Opfer. Itzhak Feniger gehört zu den Pionieren Israels. Er lebt seit dreissig Jahren in einem Kibbutz, der für dieses Land typischen Form landwirtschaftlicher Genossenschaftssiedlung. Gerade in diesem Jahr konnte der erste Kibbutz, am See Genezareth gelegen, sein 50-jähriges Bestehen feiern. Ursprünglich gehörten der ersten Kibbutz-Gemeinde fünfzehn Leute an, heute sind es 95 000 und sie produzieren fast 70 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ihre Angehörigen leben in ständiger Gefahr und dies nicht erst seit 1948, da der Staat gegründet wurde.

Itzhak Feniger selbst ist ein Kronzeuge heroischer Vergangenheit. Als 25-jähriger hat der heute 50-jährige bei der Abwehr eines arabischen Überfalls seinen linken Arm verloren. Das hielt ihn nicht ab, sich neben seiner schwierigen landwirtschaftlichen Arbeit mit Eifer der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit zu widmen.

Von solchen Holz sind die Männer geschnitzt, die das Rückgrat der grossen Volkspartei MAPAI bilden. Diese Partei prägte dem jungen Staat Israel die Stempel ihres von den Wollen eines freiheitlichen Sozialismus inspirierten Wirkens auf. Sie gab dem Lande das Gesicht eines fortschrittlich sozial-entwickelten und von einem grossen Tätigkeitsdrang erfüllten Staates. Ihre Hauptanhänger rekrutieren sich aus den Lohn- und Gehaltsempfängern in den Städten und aus den Angehörigen der landwirtschaftlichen Siedlungen. Ihre Hauptaufmerksamkeit richtet sie auf die rasche Verschmelzung der aus vielen Ländern kommenden und auf verschiedenen Kulturstufen stehenden Einwanderer. Sie bilden mehr als die Hälfte der Bevölkerung, und ihre Eingliederung in das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben Israels geht nicht immer ohne Schwierigkeiten vor sich. In der MAPAI finden sie zuverlässige Freunde und Förderer.

Feniger kam nach Hannover direkt aus Grossbritannien, wo er Gast des britischen Gewerkschaftskongresses war. Er kam gern in die Stadt des SPD-Parteitages, fand er doch hier - wie er sagt - "viele gute Freunde, denen mein Kibbutz nicht fremd ist", zählten sie doch mit zu den ersten Besuchern aus der Bundesrepublik, die Land und Volk Israels kennenlernten.

Manche Bande der persönlichen Freundschaft wurden geknüpft, und das will schon etwas heissen, angesichts all dessen, was in unserem Namen an Schrecklichem dem Volke Fenigers zugefügt wurde.

Ein Ehrengast auf dem SPD-Parteitag

Franz Adamo warb in einem Jahr 120 neue Mitglieder

sp- In der vordersten Reihe der Ehrengäste des SPD-Parteitages sitzt ein kleiner Mann. Er fällt kaum auf und doch lohnt es sich, ihn vorzustellen. Es ist Franz Adamo aus Bingen-Büdesheim, Stadtrat und Kreistagsabgeordneter, der mit weiteren 20 Sozialdemokraten vom Parteivorstand als Ehrengast nach Hannover eingeladen wurde. Franz Adamo hat im vergangenen Jahre - zusammen mit einigen Mitgliedern des Ortsvereinsvorstandes - 120 Bürger seines Heimatortes als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geworben. Unter den 120 neuen Sozialdemokraten befinden sich vierzig Frauen. 45 der neu geworbenen SPD-Mitglieder sind unter 35 Jahre alt. Als wir Franz Adamo fragen, wie er das geschafft hat, lacht er nur und sagt: "Durch Überzeugungskraft und Leistungen auf kommunalpolitischen Gebiet in meinem Heimatort".

Büdesheim zählt ca. 6 000 Einwohner; die meisten von ihnen sind katholisch. Von Jahr zu Jahr wächst der Stimmenanteil der SPD. Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder haben in diesem an das Rheinstädtchen Bingen angrenzenden Ort eine allgemein anerkannte Aufbauarbeit geleistet. Wohnungsbau, Strassenbau und -verbesserung stehen an der Spitze. Ein Jugendheim, zum Teil in freiwilliger Arbeit gebaut, ist allen Jugendorganisationen zugänglich.

Natürlich ist Franz Adamo stolz darauf, dass er als Ehrengast an dem Parteitag in Hannover teilnehmen kann. Schon seit 1919 ist er Mitglied der Partei und der Gewerkschaft. Jetzt wird er bald 65 Jahre alt und blickt auf ein Leben des Kampfes für die Rechte der arbeitenden Menschen zurück. Während der Hitlerzeit war er mehrfach verhaftet und verbrachte lange Zeit in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau.

Wir nennen ihn stellvertretend für einen der vielen Sozialdemokraten, die unermüdet am Werk sind, um das Fundament der Deutschen Sozialdemokratie ideell und organisatorisch zu festigen.

* * *

Nitwisser im Falle Heyde-Sawade

sp- Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Fall Professor Heyde-Dr. Sawade, der im CDU-Fraktionszimmer des Landeshauses jetzt öfter öffentlich zu tagen pflegt, kommt langsam in Schwung. Es sind in der Tat erstaunliche Dinge, die die mit der Gewalt der Strafprozessordnung herbeizitierten Zeugen dort vor den dreizehn Abgeordneten in diesen düsteren Herbsttagen auszusagen wissen.

Dabei sollte man nicht nur den wenigen Zuhörern in den weinroten Polstersesseln des Sitzungszimmers sagen, dass der Professor Heyde, der sich zehn Jahre lang in Schleswig-Holstein von der höchsten Gesellschaft gedeckt als Obergutachter Dr. Sawade verborgen hielt, ein Mann ist, der die grauenhafte Euthanasie Hitlers mitverantwortet hat, wobei Tötungen von Geisteskranken nach höchsttrichterlichen Urteilen rechtswidrige und schuldhaftige Tötungen gewesen sind. Wer wusste, dass hinter dem Doktor Sawade der euthanasieverantwortliche Heyde verborgen war, hat letztlich einen Massenmörder gedeckt. Dabei ist es jedoch nicht Aufgabe des Ausschusses, die strafrechtliche Seite zu klären, sondern aufzuklären, wer da in der Prominenz Schleswig-Holsteins mit seinem Wissen zehn Jahre zurück hielt und somit staatsbürgerlich nicht zu dem demokratischen Rechtsstaat unserer Tage gehalten hat.

Da zeigte sich nun am 15. November 1960 im Ausschusszimmer, dass der Amtsarzt des Kreises Rendsburg, der Obermedizinalrat und SS-Oberscharführer a.D. Dr. Ostertun den Professor Heyde unter dessen richtigen Namen bereits 1945 im Internierungslager Gadeland bei Neumünster kennenlernte, als er vor 180 Ärzten grossartige Vortrüge hielt. Dr. Ostertun, gegen den ein Ermittlungsvorfahren beamtendisziplinärer Art läuft, pflegte seitdem ununterbrochenen Kontakt mit dem Manne Heyde, der sich ja seit 1949 Dr. Sawade nannte. Dabei arbeitete der Amtsarzt des Kreises Rendsburg den Abgeordneten des Ausschusses dann gleich drei fein säuberlich voneinander zu trennende Wesenszüge seines Charakters heraus. "Als Mensch" hielt er den Heyde für einen "hochachtbaren Mann von Format", der in seinen "fachlichen Kenntnissen nicht antastbar" sei. "Als Arzt an sich" zog er den Heyde dreimal jährlich hinzu, wenn er seinen Rat für ein vertrauensärztliches Gutachten benötigte. "Als Amtsarzt" ging es ihn aber nichts an, dass da im Revier eines Kollegen-Amtsarztes in Flensburg ein Mann unter falschem Namen lebte. Jedenfalls sprach er mit seinem Vorgesetzten, dem Leiter des Landesgesundheitsamtes Ministerialrat Dr. Weigl, der wegen Begünstigung

Heydes angeklagt ist, erst amtlich zu versichern, der Sawade habe bestimmt eine Approbation und Heigl möge da nicht länger forschen.

Zu den heimlichen Mitwissern gehört denn auch der Leiter der Sozialmedizinischen Klinik der Landesversicherungsanstalt in Flensburg, Dr. Delfs, gegen den die Anstalt gleichfalls disziplinar vorgeht. Dr. Delfs sagte, sein neurologischer Obergutachter Dr. Sawade habe ihm schon 1952 privat gesagt, dass er der Professor Heyde sei. Dabei hat dann der Heyde nach den Worten von Delfs hinzugefügt: "Was ich Ihnen sage, wissen bereits andere Herren der Landesversicherungsanstalt, des Oberversicherungsamtes und selbst die Flensburger Staatsanwaltschaft. Dr. Delfs meinte am 2. November unumwunden vor dem Untersuchungsausschuss, wenn er sein Wissen preisgegeben hätte, hätte er Vertrauensmissbrauch begangen und das wäre eine "glatte Denunziation" gewesen. Im Übrigen wusste auch Dr. Delfs sauberlich zwischen seinem privaten Wissen als Mensch und seinem Nicht-Wissen-brauchen als öffentlicher Arzt zu unterscheiden.

Der inzwischen krank gewordene und in den Ruhestand gegangene Dr. Heigl, der höchste Gesundheitsbeamte des Landes Schleswig-Holstein als Leiter des Landesgesundheitsamtes, schilderte dem Ausschuss mit beredten Worten, dass er sehr bemüht war, hinter die Doppelrolle des Dr. Sawade zu kommen.

Die Anklage des Staatsanwaltes, die auf Begünstigung lautet, steht dem entgegen. Entgegen steht dem auch ein Schriftwechsel zwischen dem früheren Kieler Universitätsprofessor Dr. Creutzfeldt und dem Chefarzt der neurologischen Abteilung des Landeskrankenhauses in Heiligenhafen, Dr. Knolle. Dr. Knolle hat einen Brief vom 11. November 1954 an Creutzfeldt beschworen, wonach er am 13. August 1954 den Dr. Heigl bereits auf die Personenidentität hingewiesen hatte. Knolle war auch bereit, vor dem Ausschuss zu beideln, dass es keinen Zweifel über ein erzieltes Verständnis in dem Gespräch gegeben habe.

Der Präsident des Landessozialgerichts in Schleswig, Dr. Buresch, zog es vor, nicht zu erscheinen. Der Mann, den der Generalstaatsanwalt der Begünstigung Heydes und der Beihilfe zur Falschaussage angeklagt hat, schickte ein ärztliches Attest. Das Oberlandesgericht in Schleswig hat immer noch nicht entschieden, ob gegen diesen Mann ein Hauptverfahren zu eröffnen ist, obgleich die Anklageschrift bereits Ende Februar zugestellt wurde.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, der noch viele andere Leute inzwischen gehört hat, raffte sich erfreulicherweise auf, vor dem Grundsatz, "nur nicht in ein schwebendes Verfahren der Justiz einzugreifen", abzugehen. Er will, nachdem die Flensburger Strafkammer meinte, sie könne den Herrn Buresch nicht anklagen, jetzt von sich aus in alle Kreise der möglichen Mitwisser hineinleuchten und die nächsten Personengruppen werden voraussichtlich nach den Sozialrichtern hohe Staatsbeamte und viel erwähnte Universitätsprofessoren sein.